



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/IX/85 - 12.4.54 BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Hinweise  
auf den Inhalt:

Fernsprecher 21831-33  
Fernschreiber 039890

Zur Krise der Verkehrspolitik	S. 1
Frankreich vor schwerer Entscheidung	S. 3
Die sowjetrussische Deutschlandpolitik	S. 5
Die Presse und der Kanzler	S. 7

## Ohne Steuermann

Von Helmut Schmidt, MdB

Die seit Monaten andauernde Krise der Verkehrspolitik hat u.a. deutlich gemacht, daß die zum verkehrspolitischen Handeln berufenen staatlichen Organe mit erheblichen konstitutionellen Schwächen belastet sind. Das gilt zunächst von der Bundespost, die durch ihre beabsichtigte Gebührenerhöhung von sich reden macht. Die Post kann vom Bundestag kaum kontrolliert werden, denn lediglich das Ministergehalt ist Bestandteil des Bundeshaushaltes; im übrigen soll vielmehr ein besonderer Verwaltungsrat die Post kontrollieren. Er trat nach einer gesetzwidrigen Verschleppung seiner Einberufung kürzlich erstmalig zusammen. Als erstes wurde ihm von der Postverwaltung klargemacht, daß er nicht einmal das Recht habe, einen Finanzausschuß zu bilden, um die Finanzlage der Post zu durchleuchten - obgleich das wohl eine unerläßliche Voraussetzung für die beantragte Gebührenerhöhung wäre. Die Befugnisse des Verwaltungsrates sind gering, die Postbürokratie genießt die größte Selbständigkeit aller deutschen Verwaltungen. Sie hat im Gegensatz zur doppelt so großen Bundesbahn sogar einen eigenen Bundesminister (man staune: plus zwei Staatssekretäre; das Auswärtige Amt hat nur einen halben Bundesminister und einen Staatssekretär).

Die Bundesbahn hat eine viel unselbständigere Verfassung -

obgleich gerade sie wegen ihres schwierigen Konkurrenzkampfes viel eher eine gewisse Selbständigkeit fordern könnte. Sie wird im Bundeskabinett indirect durch den Verkehrsminister vertreten, wobei dieser gleichzeitig auch die Belange aller konkurrierenden Verkehrsträger zu berücksichtigen hat. Sie hat zwar außerdem einen Verwaltungsrat, der übrigens im Begriffe ist, sich durch seine Praxis Respekt zu verschaffen. An ihrer Spitze aber steht nicht ein Chef, wie bei der Post, sondern ein vierköpfiger Vorstand, der sich meistens uneinig ist. Die oberen Chargen der Eisenbahn sprechen deshalb auch gern von der "Vierradbremse" oder dem "Vierer ohne Steuer-  
mann".

Da auch der Verkehrsminister erst seit Oktober vorigen Jahres ernsthaft gewillt ist, die Bundesbahnmassere anzupacken, so ist völlig deutlich, daß die Bahn wegen ihrer politischen Handlungsunfähigkeit in das gegenwärtige Stadium ihrer Hilflosigkeit hineinarutschen mußte. Selbst unter einem besseren Verkehrsminister wäre es zumindest nötig, die Leitung der Bundesbahn unbeschadet der Aufsichtspflichten des Verwaltungsrates in die Hände eines Mannes zu legen. Und dieser Mann müßte gar nicht unbedingt ein Eisenbahner sein - auch Eisenbahner sind manchmal reichlich betriebsblind. Es kommt vielmehr auf wirtschaftliche Erfahrung, auf modernes betriebswirtschaftliches Denken, auf Weitblick und Energie an.

Darüber hinaus aber stellt sich die Frage, ob nicht überhaupt Bahn und Post weitgehend nach gleichen Gesichtspunkten und unter einem gemeinsamen Dach geordnet werden müssen. Denn bisher haben Postminister und Verkehrsminister noch nicht einmal fertig bekommen, daß das Bundeskabinett den überflüssigen, kostspieligen und recht lächerlichen Konkurrenzkampf zwischen den großen bundeseigenen Verkehrsträgern Bahn und Post beseitigt - geschweige denn eine vernünftige Verkehrsordnung im ganzen ins Werk setzt.

+ + +

Frankreich nicht mehr Herr der Lage

G.S.-Paris

Am Tage, als die Vereinigten Staaten ihre Absicht bekannt geben, gemeinsam mit den anderen westlichen Ländern eine "Warnung" an Peking zu richten und als klar wurde, daß die Vereinigten Staaten die Absicht haben, aktiver in den indochinesischen Krieg einzugreifen, erschien die große französische Tageszeitung "Le Monde" mit der Schlagzeile: "Der Friede in Gefahr!" Es soll hier nicht geprüft werden, ob diese Einschätzung der Wirklichkeit entspricht, aber es kann kaum ein Zweifel daran bestehen, daß das französische Blatt eine Auffassung zum Ausdruck brachte, die in vielen französischen Kreisen geteilt wird.

So wie die Dinge heute liegen, ist die Entscheidung über den indochinesischen Krieg nicht mehr in französischen Händen. Sollte sich auf der Genfer Konferenz auf kommunistischer Seite nicht in klarer Weise der Wunsch bemerkbar machen, zu einer Einstellung der Kampfhandlungen in Indochina zu gelangen, so wird die faktische Kriegsführung in dieser oder jener Form, eventuell unter dem Zeichen der UNO, in amerikanische Hände gelegt werden.

Es hat sich erwiesen, daß der Viet-Nam über das modernste Material und über Truppen verfügt, die zahlreicher als die französischen und ebenso gut ausgebildet sind. Angesichts dieser Lage ist ein militärischer Sieg nur noch (wenigstens theoretisch) mit Hilfe einer starken amerikanischen Intervention zu erzielen. Nachdem Ministerpräsident Laniel die Unmöglichkeit eines militärischen Sieges im Parlament betont hatte, hat sich jetzt, unter dem Einfluß amerikanischer Stellen, die französische Einstellung sichtbar gewandelt. Zahlreiche einflussreiche Minister neigen jetzt ebenfalls zu der Auffassung, daß der Krieg in Indochina in stärkerem Maße "internationalisiert" werden müßte. Nur so ist die etwas ungewöhnliche Tatsache zu erklären, daß der amerikanische Botschafter an einen Teil der Sitzung des letzten Ministerrats teilnehmen und dort erklären konnte, die amerikanischen Waffenlieferungen für Indochina würden "massiv" sein.

Auch die Haltung einiger offizieller Politiker des Viet-Nam hat sich mit der Zeit gewandelt, zunächst deshalb, weil die mächtigen

Offensiven des Viet-Minh in diesen Kreisen eine Furcht ausgelöst haben, die verständlich ist. Ein Sieg des Viet-Minh würde für jene Politiker, die mit Frankreich zusammengearbeitet haben, den Untergang bedeuten. Andererseits spielt auch die Überlegung eine Rolle, daß unter amerikanischem Einfluß eine Unabhängigkeit gewährt werden würde, die Frankreich immer nur sehr spärlich, und nur unter Druck gewährt hat.

In Frankreich ist man sich in offiziellen Kreisen über die jetzt unvermeidlich erscheinende stärkere Intervention der Vereinigten Staaten umso klarer, als auch das Foreign Office die Maxime der Vereinigten Staaten teilt: "Der Viet-Nam darf keinesfalls den Kommunisten in die Hände fallen!" So erscheint die Tragödie von Dien Bien Phu nur als der Auftakt eines Krieges, der wahrscheinlich vollständig seinen Charakter verändern wird. Der Friede ist tatsächlich in Gefahr, wenn Peking und Moskau die verstärkte amerikanische Hilfe (zunächst Flugzeuge, Spezialisten und später nationalchinesische und südkoreanische Truppen?) zum Anlaß nehmen werden, um ihrerseits die bisher gewährte Hilfe zu steigern.

Die Lage Frankreichs ist umso schwieriger, als die gegenwärtige militärische Situation in Indochina keine unmittelbaren Verhandlungen gestattet (wenn sie nicht auf der Genfer Konferenz erfolgen), denn noch nie seit Beginn dieses Ringens hat der Viet-Minh eine derartige militärische Kraft entfaltet. Die Kommunisten beherrschen drei Viertel Indochinas und diese Herrschaft kann, wenn überhaupt, nur unter Einsatz ganz außerordentlicher Mittel gebrochen werden. Frankreich kann angesichts der gegenwärtigen Unterlegenheit und angesichts des Vorrückens der Viet-Minh-Truppen in Kambodscha und im Delta des Roten Flusses nicht um einen Waffenstillstand nachsuchen, der dem Angebot einer Kapitulation gleichkäme. Frankreich hat sich in diese Lage gebracht, indem es in der Vergangenheit mehrmals versäumte oder ablehnte, direkt mit dem Viet-Minh ins Einvernehmen zu gelangen. Heute hängt Ho Chi Minh von Moskau und Peking in weit stärkerem Maße ab als Frankreich von den Vereinigten Staaten. Das Schicksal der in Indochina verblutenden Menschen liegt bei Washington, Moskau und Peking.

Weder bagatellisieren, noch dramatisieren

EZ - Berlin

Jede Deutung eines politischen Ereignisses muß sich vor zwei Gefahren hüten: der Bagatellisierung und der Dramatisierung. Beide in ihrem Ausgangspunkt subjektiv bedingten Urteilsformen müssen den Blick für die wirkliche Entwicklung trüben und damit zum Handicap für die eigenen Schlußfolgerungen werden. Die mit der vom Krenl für die sogenannte DDR-abgegebenen "Souveränitätserklärung" eingeleitete Entwicklung ist westlich der Elbe leider oft allzu sehr bagatellisiert worden, weil man nur das Lächerliche des sowjetzonalen Anspruchs, ein souveräner Staat zu sein, sah, nicht aber die für die Wiederherstellung der deutschen Einheit folgenschwere Fernwirkung im Sinne eines weiteren Schrittes zur Stabilisierung des status quo, eines geteilten Deutschlands.

Dieselbe Souveränitätserklärung aber ist auch umgekehrt unberechtigterweise in jenem Sinne dramatisiert worden, daß man glaubte, nun schon für die nächste Zeit die effektive Eingliederung der Sowjetzone in den militärischen Machtblock der Satellitenstaaten und damit in deren Militärpaktssystem voraussagen zu können. Zweifellos liegt es in der Absicht der Ulbricht-Clique, diesen Schritt, der den Plan zur Verewigung des status quo sehr drastisch illustrieren würde, so schnell wie möglich zu tun. Es ist auch anzunehmen, daß Pankow sehr bald in dieser Richtung in Moskau verstoßen wird.

So sehr vielleicht auch in einigen politischen Kreisen Westdeutschlands eine solche Entwicklung nicht einmal ungern gesehen würde, weil dann ja eine moralische Plattform für die forcierte Durchführung der eigenen militärischen Pläne gegeben wäre, so wenig gibt das, was seit der "Souveränitätserklärung" geschehen ist, Anlaß zu der Behauptung, daß der Krenl tatsächlich schon jetzt bereit ist, Ulbricht bei der Erreichung seines Fernziels sofort entgegenzukommen. Der Zeitpunkt, an dem Moskau diesen Schritt unternehmen könnte, dürfte weitgehend davon abhängen, wie das Ergebnis der Genfer Konferenz ist und wann die EVG Tatsache wird.

Der Parteitag der SED hat gezeigt, daß die Sowjetunion tatsächlich bereit ist, die Sowjetzone, die bisher für den Krenl in seiner Auseinandersetzung mit den Western als diplomatisches Vor- und Experimentierfeld galt, weitgehend durch Angleichung der parteilichen und staatlichen Struktur auf das Glasis der Volkdemokratien einzuebneten,

12. April 1954

aber nur bis zu einem gewissen Grade. In der Souveränitätserklärung heißt es zwar, die "Sowjetunion nimmt mit der DDR die gleichen Beziehungen auf wie mit anderen souveränen Staaten", Moskau schränkt aber sofort diese Souveränität sehr wesentlich ein, wenn es feststellt, daß es in der DDR die mit der "Gewährleistung der Sicherheit in Zusammenhang stehenden Funktionen behält, "ebenso wie jene Funktionen, die sich aus den Verpflichtungen ergeben, die der UdSSR aus den Viermächteabkommen erwachsen".

Diese eingeschränkte "Souveränitätserklärung" wurde am 27. März abgegeben, nachdem zwei Tage zuvor das Zentralorgan der SED überraschend und sehr demonstrativ festgestellt hatte, daß die DDR bereits heute eine "bewaffnete Macht" sei. Der Widerspruch, der ganz offensichtlich in beiden Erklärungen zutage tritt, deutet darauf hin, daß der Krenl anscheinend gegenwärtig noch nicht bereit ist, die Sowjetzone auf militärischem Gebiet mit den Volksdemokratien gleichzustellen. Schließlich war es auch nicht zufällig, daß die Parteitage redner sich die Chance entgehen ließen, die von ihnen aufgrund der "Souveränität" gewünschte weitere Entwicklung auch nur anzudeuten. Ulbricht beschränkte sich darauf, die neugewonnene "Souveränität" vor allem als Stimulus für den "Kampf der patriotischen Kräfte" in Westdeutschland zu bewerten. An einer anderen Stelle seines Referats aber erklärte der 1. Sekretär der SED im Zusammenhang mit der EWG, "wenn die Formierung der westdeutschen Söldnerarmee erfolgen sollte, so werden wir selbstverständlich gezwungen sein, vor der Arbeiterklasse und den werktätigen Bauern der DDR die Frage des Schutzes der Republik zu stellen".

Mit diesen Worten deutete Ulbricht erst für einen ganz konkreten Fall die Bereitschaft des Krenl zum nächsten Schritt, der militärischen Eingliederung in den Ostblock an. Sicher war es auch kein Zufall, daß auf dem SED-Parteitag der tschechische und der polnische Vertreter die "Souveränität" der DDR nur am Rande erwähnten, und zwar lediglich als Ausgangspunkt für eine weitere "Verstärkung der Freundschaft" zwischen der Sowjetzone und ihren Ländern. Von einer künftigen Waffengemeinschaft durften sie noch nicht sprechen.

+ + +

Kritik an der Kritik

Auf der Hauptversammlung des Deutschen Journalisten-Verbandes in Bonn hat der Bundeskanzler einige kritische Bemerkungen über die Kritik gemacht, die Parlament und Regierung durch die Presse ausgesetzt seien. Diese Kritik der Presse sei "übertrieben", besonders wenn sie nicht sage, "wie man es hätte besser machen können".

Politische Beobachter aus dem Auslande, die zu kürzeren oder längerem Aufenthalt in der Bundesrepublik waren, pflegen andere, meist entgegengesetzte Eindrücke zu haben, zumal wenn es sich um Journalisten handelt. Letzter wird fast durchweg mit Erstaunen registriert, wie uniforn die Mehrzahl der deutschen Zeitungen, gerade auch so weit es sich um größere Blätter handelt, Tatsachen registrieren und auf diese Tatsachen reagieren, wie lamfromm sie in der Kritik sei, vor allem, wenn es gelte, ein Wort gegen die Regierung zu sagen. Manche fügten hinzu, der Grad dieser Zurückhaltung lasse fast schon eine recht wirksame, wenn auch diskrete Lenkung vermuten. Daß aber das, was von der deutschen Presse an spärlichen Einwänden überhaupt vorgebracht wird, dem Bundeskanzler auch schon als "übertriebene Kritik" erscheint, gibt nur einen Hinweis auf den Umfang seiner Empfindlichkeit und darauf, wie sehr ihm daran liegt, überhaupt unbescholten zu bleiben - wenn dies zu sagen aus diesem Anlaß und von diesem Kreise natürlich nicht möglich war.

Eine zurech Bemerkung auch zu dem Nebensatz "... wenn sie (die Kritik) nicht sagt, wie man es hätte besser machen können". Man - oft gerne wird es durchaus gesagt, wenn Kritik einmal in wahrhaft oder sogenannten unabhängigen Zeitungen laut wird oder in Blättern, die der Opposition anhängen. Freilich sollten solche Vorschläge dann auch so ernst genommen werden, wie sie gemeint sind und nicht mit leichter Hand und unwilliger Geste nur deshalb als schlechter und nicht besser beiseite geschoben werden, weil sie eine andere Auffassung zum Ausdruck bringen. Eine Zeitung kann wie jeder politische Mensch, wie jeder Wähler, der zur Entscheidung durch seine Stimmabgabe aufgerufen wird, durchaus das Recht zur Kritik für sich in Anspruch nehmen, wenn sie Gefahren sieht, ohne daß sofort ein Gegenvorschlag, der unbedingt besser wäre, zur Hand ist. Das ist die alte Sache mit dem Gericht, das man für unschmackhaft oder schlecht bekömmlich hält, auch wenn man es nicht selbst zubereiten kann. Die Regierung ist der Koch und nicht die Zeitung.

So leicht sollte man es sich also mit der Kritik an der Kritik nicht machen, wie es hier der Bundeskanzler tat, der damit ganz auf der Oberfläche blieb.

-u

- + +

---

 Verantwortlich: Peter Raunau